

Bund soll höhere Berufsbildung aufwerten

BILDUNG Berufsleute müssen für höhere Ausbildungen mehr bezahlen als etwa Uniabsolventen. Der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer fordert nun ein Ende der Ungleichbehandlung und damit mehr Subventionen für die höhere Berufsbildung.

Die Schweiz ist stolz auf ihr duales Bildungssystem. Sogar in der Bundesverfassung ist die Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung verankert. In der Praxis besteht allerdings eine Ungleichbehandlung, so Aebischer. Nur schon ein Vorbereitungskurs für eine höhere Fachprüfung kostete rund 14 000 Franken. Dies sei eine grosse Belastung, zumal viele Arbeitnehmer dafür extra ihr Pensum reduzierten. «Für einen Handwerker mit Familie und einem Einkommen von zwischen 4000 und 6000 Franken ist das zu viel.»

«Talent soll entscheiden»
Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) ist das wichtigste Planungsinstrument des Bundes im Bildungsbereich. Im 4-Jahres-Rhythmus formuliert der Bundesrat darin die Leitlinien, Ziele, Massnahmen und Finanzmittel seiner Bildungspolitik. Im Hinblick auf die BFI-Botschaft 2017–2020 hat Aebischer deshalb eine Motion eingereicht, in der er eine grössere Kostenbeteiligung des Bundes an der höheren Berufsbildung, der sogenannten Tertiärstufe B, fordert.



Wollen Berufsleute grössere Brötchen backen und eine höhere Berufsbildung absolvieren, dann kostet sie das oft viel Geld.

Klaus-Dietmar Gabbert/Ex-Press

«Talent und Wille sollten für den Ausbildungsweg entscheidend sein und nicht das Portemonnaie», so Aebischer. Dies sei auch im Sinne der Erhaltung des dualen Bildungssystems. «Unter anderem verdanken wird diesem,

KANTON BERN

Systemwechsel Da die Kantone und Gemeinden den Löwenanteil an den Bildungskosten berrappen, können sie selber darüber entscheiden, welche Angebote sie wie finanzieren. Der Kanton Bern will die jährlich steigenden Kosten bei der höheren Berufsbildung nicht länger hinnehmen. Aktuell gibt er dafür rund **80 Millionen Franken** aus – ein Fünftel erhält er vom Bund

zurück. Deshalb strebt der Kanton Bern einen Systemwechsel an. Damit würde allerdings ein Teil der **Mehrkosten auf die Studierenden abgewälzt**. Die Vernehmlassung dazu dauert bis zum 15. April. Sowohl der Gewerbeverband Berner KMU als auch der Gemeinderat der Stadt Bern haben sich bereits geäussert: Sie lehnen den Systemwechsel ab (wir berichteten). *as*

«Wir unterstützen diese Forderung klar», sagt SGV-Direktor Hans-

Ulrich Bigler. Dies, zumal die öffentliche Hand ihre Beiträge im tertiären Ausbildungsbereich in den letzten Jahren erhöht habe. «Einzig in der höheren Berufsbildung blieb die Finanzierung fast unverändert.» Deshalb fordert das Gewerbe, Bund und Kantone mögen sich mit 100 Millionen Franken jährlich zusätzlich an der höheren Berufsbildung beteiligen. «Daraus rekrutieren wir unsere Kader.»

Aebischer nennt in seinem Vorstoss zwar keinen konkreten Betrag, weil er dessen Berechnung dem Bund überlassen will. Auf Anfrage lässt er jedoch durchblicken, dass sich die Subventionen für die höhere Berufsbildung im vom SGV geforderten Rahmen bewegen sollen.

«Ein Affront gegen Verbände»

Bei aller Zustimmung gibt es jedoch auch kritische Stimmen. So etwa die Zürcher CVP-Nationalrätin und Universitätsrätin Kathy Riklin. In der «Ostschweiz am Sonntag» kündigte sie an, sie wolle genau wissen, was mit dem Geld passieren soll. Dies, weil die Kostenstrukturen in der höheren Berufsbildung zum Teil intransparent seien. Riklin befürchtet, dass ein Teil des Geldes in den Berufsverbänden versickert.

«Den Verbänden zu unterstellen, sie würden sich bereichern, ist ein Affront sondergleichen», kontert hingegen SGV-Direktor Bigler. Wenn man schon die Effizienzfrage stelle, dann solle man dies auch bei den universitären Hochschulen tun. «Inklusive Forschung erhalten diese 6,4 Milliarden Franken im Jahr, die höhere Berufsbildung dagegen nur 180 Millionen.»

Andrea Sommer

In Kürze

STELLENVERMITTLER Gewinneinbruch bei Adecco

Die kriselnden Arbeitsmärkte in mehreren Euroländern haben den Stellenvermittler Adecco zurückgebunden. Der Jahresumsatz 2012 hat auf 20,5 Mrd. Euro stagniert. Der Reingewinn brach gegenüber dem Vorjahr unerwartet stark um 27 Prozent auf 377 Mio. Euro ein. Im für Adecco grössten Markt Frankreich sowie in Italien und auf der Iberischen Halbinsel sei der Umsatz um eine zweistellige Prozentzahl gefallen, so Adecco. *sda*

VERSICHERER Allianz wächst mit zweiter Säule

Der Versicherer Allianz Suisse hat im vergangenen Jahr vor allem dank der beruflichen Vorsorge seine Einnahmen gesteigert. Das Prämienvolumen des Schweizer Zweigs des global agierenden deutschen Allianz-Konzerns stieg um 4 Prozent auf 4,11 Mrd. Franken – erstmals wurde die 4-Milliarden-Grenze überschritten. *sda*

BAUWERBE Weniger Umsatz auf dem Bau

Das Schweizer Bauhauptgewerbe hat im vergangenen Jahr mit 18,9 Mrd. Franken 3,9 Prozent weniger Umsatz erzielt. Damit ist die Umsatzentwicklung zum ersten Mal seit acht Jahren rückläufig (Tiefbau -4,9 Prozent; Hochbau -2,9 Prozent). *sda*

Doppelzüngige Bankiers?

BANKGEHEIMNIS Die Bankiervereinigung hängt immer noch stark am Bankgeheimnis. Das zeigt ein Brief von Patrick Odier, dem Präsidenten der Bankiervereinigung.

Hinter den Kulissen läuft derzeit ein Seilziehen über die Frage, wie sauber künftig der Finanzplatz Schweiz sein soll. Offiziell setzt sich die Schweizerische Bankiervereinigung für einen sauberen Finanzplatz ein. Doch im vertrauten Kreis argumentieren die Vertreter des Schweizer Finanzplatzes etwas anders. Dies zeigt ein Brief von Patrick Odier und Claude-Alain Margelisch, aus dem das Schweizer Radio gestern zitiert hat. Der Genfer Privatbankier Odier ist Präsident, Margelisch Chef der Bankiervereinigung. Das Schreiben haben sie an alle sieben Mitglieder des Bundesrates geschickt – persönlich adressiert.

Bankiers in Sorge

Odier und Margelisch betonen in ihrem Schreiben, dass sie die Diskussion rund um die Weissgeldstrategie mit «grosser Sorge» verfolgen. Klar und deutlich wird dem Bundesrat sodann die Haltung der Bankiers mitgeteilt: Für die Reputation des Finanzplatzes Schweiz dürfe «nicht einzig und allein das Bestreben massgebend sein, keine unverschuldeten Gelder zu verwalten». Wenn der Finanzplatz Schweiz auch in Zukunft für die Vermögensverwaltung attraktiv bleiben solle,

gelte es, «den Interessen der Kunden in bestmöglicher Weise Rechnung zu tragen».

Das heisst: Die Spitze der Bankiervereinigung warnt den Bundesrat davor, die ausländischen Bankkunden mit der Weissgeldstrategie allzu stark zu verärgern. Konkret wehren sie sich strikte dagegen, dass die Banken die bestehenden Kundenbeziehungen systematisch überprüfen müssen. Das würde Kunden vertreiben und den Finanzplatz schwächen, meinen die Bankiers. Die Bankiervereinigung will die Kunden in der Schweiz behalten.

Die grosse Abhängigkeit

Ausserdem lehnt es die Spitze der Bankiervereinigung ab, dass die Banken die Beziehungen zu Kunden mit unverschuldeten Geldern zwingend abbrechen müssen. Die Kunden dürften anderes erwarten, schreiben die beiden Spitzenvertreter der Bankiervereinigung. Hintergrund dieser Forderung ist die Tatsache, dass viele – vor allem Genfer – Privatbanken in arge Schwierigkeiten kämen, wenn sie dies tun müssten. Dies weil bei ihnen der Anteil von unverschuldeten Geldern hoch ist.

Die Bankiervereinigung wollte gestern gegenüber dem Radio keine Stellung nehmen. Sie betonte einzig, dass der Brief Bestandteil eines schon längeren Dialogs mit den Entscheidungsträgern sei. Ansonsten kommentiere man persönliche Briefe, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien, nicht. *sny*

Postfinance holt für indisches IT-Projekt irische Beraterfirma

INFORMATIK Postfinance engagiert jetzt Berater der Firma Accenture: Das global tätige Unternehmen mit Sitz in Dublin soll das nach Indien ausgelagerte IT-Grossprojekt der Postfinance wieder auf Kurs bringen.

Die staatsnahe Postfinance setzt auf die Hilfe von weltweit tätigen Grosskonzernen: Das mittlerweile ins Stocken geratene Informatikprojekt «Zukunft Zahlungsverkehr ZZZ» hat der Finanzdienstleister 2010 an den indischen Riesen Tata Consultancy Services (TCS) ausgelagert. Doch das IT-Projekt mit einem geschätzten Volumen von 50 Millionen Dollar läuft nicht nach Wunsch. Ende Januar machte diese Zeitung publik, dass für das Projekt ein externer Berater engagiert werden soll.

Jetzt steht fest, wer die Postfinance beim indischen IT-Projekt coacht: die Beratungsfirma Accenture. Das Unternehmen ist wie die TCS ein Gigant. Accenture hat seinen Sitz in Irland und beschäftigt weltweit fast 260 000 Angestellte. 2012 erzielte Accenture einen Umsatz von knapp 28 Milliarden US-Dollar. Das Beratungs- und Outsourcing-Unternehmen hat mehrere Ableger in der Schweiz, auch in Bern.

2000 Franken pro Tag

Alex Josty, Sprecher der Postfinance, bestätigte gestern den Zuschlag für Accenture. «Das Unternehmen hat Erfahrung mit



Rechenzentrum der Postfinance: Diese braucht in IT-Fragen Hilfe. *key*

Grossprojekten», sagt Josty. Zusammen mit dem «guten Renommee» habe dies den Ausschlag für Accenture gegeben. Der irische Konzern soll Postfinance bei der Projektleitung unterstützen.

In welchem Umfang Accenture bei der Postfinance wirken soll, ist noch nicht bekannt. Der Deal ist taurisch, er wurde erst vor zwei Wochen abgesegnet. Zu den möglichen Kosten machte Josty keine Angaben. Fakt ist aber, dass eine solche Dienstleistung ihren Preis hat. Allein für einen einzigen Berater dürfte Accenture der Postfinance mindestens 2000 Franken pro Tag berechnen.

Die ZZZ-Software besteht aus einer Basisinfrastruktur sowie

den Bereichen Fonds und Passivgeschäft. Diese drei Komponenten sind auf Kurs. Für die Teilbereiche Zahlungsverkehr und Kontoführung hat Postfinance jedoch einen Marschhalt angeordnet. Diese Projekte sollen frühestens im Sommer wieder reaktiviert werden. Der Grossteil des Programms basiert auf der Programmiersprache Java.

Dass sich das Projekt überhaupt verzögerte, hängt auch mit kulturellen Problemen zusammen. So gab es Berichte, wonach die Postfinance-Leute das Englisch ihrer indischen Kollegen nicht verstanden haben sollen. Im September 2012 war zudem publik geworden, dass Postfinance Hunderte von Angestellten in Englischkursen schickte. Sprecher Josty sagte früher gegenüber dieser Zeitung, die Verständigung sei «nicht das Grundproblem»; vielmehr müsse das IT-Projekt «besser strukturiert» werden. Noch offen ist, wer das Projekt mit den 120 Postfinance-Angestellten künftig leitet. Der bisherige Chef hatte den Dienst quittiert – womöglich aus Frust.

Accenture sucht Personal

Eine Sprecherin von Accenture wollte gestern zum neuen Mandat ihres Unternehmens keine Stellung nehmen. So bleibt offen, ob die auf Java spezialisierten IT-Solution-Designer, die Accenture derzeit für die Standorte in Bern und Zürich sucht, für die Aufgabe bei der Postfinance gedacht sind. *Dominik Balmer*